



Az. 8615-NEP Gas 2016-2026 – Änderungsverlangen – Beiladung Netze BW

## **Entscheidung**

In dem Verwaltungsverfahren

wegen der Entscheidung über Änderungen am Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 gem.  
§ 15a Abs. 3 S. 5 EnWG

hier: Beiladungsantrag der Netze BW GmbH

Netze BW GmbH, Schelmenwasenstraße 15, 70567 Stuttgart, vertreten durch die Geschäftsführung

- Beiladungspetentin -

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen,  
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

am 10.08.2016 wie folgt entschieden:

Der Beiladungsantrag der Beiladungspetentin vom 11.04.2016 wird abgelehnt.

## Gründe

### I. Sachverhalt

Die Beiladungspetentin begehrt die Beiladung zum Verwaltungsverfahren wegen der Entscheidung über Änderungen am Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026.

1. Das Verwaltungsverfahren, auf das sich der Beiladungsantrag bezieht, betrifft die Entscheidung über Änderungen am Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 gem. § 15a Abs. 3 S. 5 EnWG.

Der Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 wurde durch die Fernleitungsnetzbetreiber erarbeitet und der Bundesnetzagentur am 01.04.2016 vorgelegt. Grundlage für den Plan ist der durch die Bundesnetzagentur gem. § 15a Abs. 1 S. 7 EnWG am 11.12.2015 bestätigte Szenariorahmen. Darauf aufbauend haben die Fernleitungsnetzbetreiber einen Entwurf des Netzentwicklungsplans Gas 2016-2026 erarbeitet und am 15.02.2016 auf der Internetseite <http://www.netzentwicklungsplan-gas.de> veröffentlicht. Zwischen dem 15.02.2016 und dem 04.03.2016 konnten die Marktteilnehmer Stellungnahmen zu dem Konsultationsdokument bei den Fernleitungsnetzbetreibern abgeben. Die Fernleitungsnetzbetreiber haben vor dem Hintergrund der Stellungnahmen verschiedene Anpassungen vorgenommen und hauptsächlich einen aus ihrer Sicht notwendigen Maßnahmenkatalog für den Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 vorgeschlagen und diesen der Bundesnetzagentur am 01.04.2016 vorgelegt.

2. Am 18.04.2016 hat die Bundesnetzagentur die Konsultation des Entwurfs des Netzentwicklungsplans Gas eingeleitet und den Planentwurf auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Hierzu hat sie einen Fragenkatalog zur Bewertung des Netzentwicklungsplans veröffentlicht, der die verschiedenen Netznutzergruppen gezielt anspricht.<sup>1</sup> Die Bundesnetzagentur hat am 11.05.2016 einen öffentlichen Workshop abgehalten, bei dem die Marktteilnehmer mündlich zum Plan Stellung nehmen konnten. Themen des Workshops betrafen auch die spezifischen Fragen der Verteilernetzbetreiber. Vom 18.04.2016 bis zum 27.06.2016 hatte die Öffentlichkeit die Möglichkeit, im Rahmen der Konsultation zum Planentwurf Stellungnahmen abzugeben. Bis zum Ablauf der Frist sind im Rahmen der Konsultation 31 Stellungnahmen verschiedener Netznutzergruppen sowie den maßgeblichen Verbänden bei der Bundesnetzagentur eingegangen. Hierunter befand sich auch eine Stellungnahme der Beiladungspetentin mit Datum vom 24.05.2016. Die Bundesnetzagentur kann gemäß der Ermächtigung in § 15a Abs. 3 S. 5 EnWG nach Abschluss und Auswertung der Konsultation und Bewertung des vorgelegten Plans innerhalb von drei Monaten nach Veröffentlichung des Konsultations-

---

<sup>1</sup> Abrufbar unter

[http://www.bundesnetzagentur.de/cln\\_1431/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen\\_Institutionen/NetzentwicklungundSmartGrid/Gas/NEP\\_Gas2016/NEP\\_Gas2016\\_node.html](http://www.bundesnetzagentur.de/cln_1431/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/NetzentwicklungundSmartGrid/Gas/NEP_Gas2016/NEP_Gas2016_node.html)

ergebnisses Änderungen am Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 von den Fernleitungsnetzbetreibern verlangen.

3. Die Beiladungspetentin ist ein Verteilernetzbetreiber für Strom und Gas in Baden-Württemberg. Bezogen auf die Verteilungsaufgabe ist die Beiladungspetentin auf den Ebenen Hoch-, Mittel- und Niederdruck aktiv.
4. Mit ihrem Schreiben vom 11.04.2016, bei der Bundesnetzagentur eingegangen am 16.04.2016, begehrt die Beiladungspetentin die Beiladung zum Konsultationsverfahren. Zur Begründung beruft sie sich auf ihren Gesamtkapazitätsbedarf für das Regionalcluster Stuttgart, der vom vorgelagerten Fernleitungsnetzbetreiber terranets bw GmbH mangels entsprechender Kapazitäten, auch des der terranets bw GmbH vorgelagerten Fernleitungsnetzbetreibers Open Grid Europe GmbH abgelehnt wurde. Sie habe ein erhebliches wirtschaftliches Interesse, im Rahmen des Konsultationsverfahrens darauf hinzuwirken, dass der entsprechende Ausbaubedarf der Fernleitungsnetzbetreiber im Netzentwicklungsplan verbindlich geregelt werde.
5. Die Bundesnetzagentur hat der Beiladungspetentin am 20.04.2016 Gelegenheit zur weiteren Stellungnahme eingeräumt. Mit Schriftsatz vom 17.05.2016, bei der Bundesnetzagentur eingegangen am 18.05.2016, hat die Beiladungspetentin hiervon Gebrauch gemacht. Sie trägt ergänzend vor, dass sich in den letzten Jahren, trotz Aktivitäten im Bereich der Netzentwicklungsplanungen der Fernleitungsnetzbetreiber, eine Verschlechterung der Kapazitätssituation ergeben habe.

Ein über den im Vorjahr durch die terranets bw GmbH bestätigten, hinausgehenden zusätzlich angefragten Kapazitätsbedarf habe sie seit 2011 sowohl für den Netzentwicklungsplan Gas als auch das Verfahren nach § 17 GasNZV bei der terranets bw GmbH angemeldet. Für sie sei nicht nachvollziehbar, wie der angemeldete Bedarf in konkrete Netzausbaumaßnahmen umgesetzt wurde. Fakt sei, dass die Ergebnisse des NEP nicht dazu geführt hätten, dass die von der Beiladungspetentin geäußerten Bedarfe durch eine Zusage in unbefristet feste Bestelleistung geführt hätten.

Die Beiladungspetentin ist der Auffassung, dass auch in absehbarer Zeit nach Aussagen der terranets BW der Bedarf nicht in vollem Umfang gedeckt werden können. Von den Fernleitungsnetzbetreibern würde kein Datum hierfür in Aussicht gestellt.

Die Bereitstellung der notwendigen Kapazitäten könne aus Sicht der Beiladungspetentin nur über bedarfsgerechte Ausbaumaßnahmen der Fernleitungsnetzbetreiber terranets bw GmbH und Open Grid Europe GmbH erfolgen. Sie geht davon aus, dass u.a. die Maßnahmen VDS Werne, ID Nr. 40-04; VDS Herbstein, ID Nr. 049-07 und VDS Nordschwarzwald-

leitung, ID Nr. 417-01 Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und die Netzausbaustrategie im Verteilnetz der Netze BW haben.

Zur Untermauerung der wirtschaftlichen Betroffenheit führt die Beiladungspetentin weiterhin an, dass ein Neu-Anschluss von geschützten Kunden im Verteilnetz auf Basis der derzeitigen Kapazitätssituation abgelehnt werden müsse. Auch könnten keine neuen Kraftwerksprojekte, z.B. aus Gründen der Kraftwerksreserve gemäß Reservekraftwerksverordnung mit Anschluss an das Netz der Netze bw realisiert werden. Volkswirtschaftlich sinnvolle Anschlussprojekte könne sie daher nicht realisieren.

Darüber hinaus ist sie der Ansicht, dass sie einen Schaden im Sinne eines Nachteils im Effizienzvergleich der Verteilernetzbetreiber ausgesetzt sei, weil durch den Wegfall kapazitätsreduzierender Argumente in Süddeutschland, den zunehmenden Bedarf in Süddeutschland als auch die Verzögerung des daran angepassten Netzausbaus in den Fernleitungsnetzen die Auslastung des inzwischen bedarfsgerecht ausgebauten Verteilnetzes gefährdet sei.

Schließlich führt sie noch einen in ihrem Netz angebundenen LNG-Speicher an, der nur übergangsweise in das Verteilernetz übernommen werden sollte, bis der Netzausbau realisiert sei.

## **II. Entscheidung**

Dem Beiladungsantrag wird nicht stattgegeben. Die Voraussetzungen für eine Beiladung nach § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG liegen nicht vor. Die Beiladungspetentin war weder notwendig noch einfach beizuladen.

Die Bundesnetzagentur gelangt nach Auslegung der Schreiben vom 11.04.2016 sowie vom 17.06.2016 zur Einschätzung, dass der Antrag der Beiladungspetentin sich auf das Verfahren der Änderung des Netzentwicklungsplans Gas bezieht. Die in den Schreiben begehrte Beiladung zum Konsultationsverfahren der Bundesnetzagentur ist im EnWG nicht vorgesehen. Gegenstand von Beiladungsgesuchen können nur förmliche Verfahren sein, die mit einem rechtsmittelfähigen Verwaltungsakt abschließen. Die Konsultation ist ein vorgeschaltetes Instrument der umfassenden Öffentlichkeitsbeteiligung, um Erkenntnisse für die Entscheidung über den Netzentwicklungsplan im Rahmen des sog. Änderungsverlangens gem. § 15a Abs. 3 S. 5 EnWG zu erlangen. Letzteres ergeht als Verwaltungsakt gegenüber den Fernleitungsnetzbetreibern und kommt somit als Verfahren gem. § 66 EnWG in Betracht.

Die Beiladungspetentin war nicht notwendig beizuladen, da die engen Voraussetzungen einer notwendigen Beiladung vorliegend nicht erfüllt sind.

Im Falle der notwendigen Beiladung ist die Beiladung des Dritten auszusprechen, wenn der Ausgang des Verfahrens rechtsgestaltende Wirkung für diesen hat, also durch eine möglicherweise ergehende Entscheidung Rechte des Dritten begründet, aufgehoben oder verändert werden und der Ausgang des Verfahrens den Beizuladenden deshalb *unmittelbar* in seinen Rechten verletzen kann (eingehend Kopp/Ramsauer, VwVfG, § 13 Rn. 39 ff.; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 14.01.2009 – VI-3 Kart 36/08; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 02.11.2006 – VI-3 Kart 165/06, ZNER 2006, 349). Daran fehlt es vorliegend.

Es ist nicht ersichtlich, dass der Netzentwicklungsplan Gas bzw. das in Rede stehende Änderungsverlangen ein Rechtsverhältnis zugunsten der Beiladungspetentin gestaltet. Der Netzentwicklungsplan Gas entfaltet nach der gesetzgeberischen Konzeption ausschließlich unmittelbare Rechtswirkungen zwischen den diesen erarbeitenden Fernleitungsnetzbetreibern sowie der diesen bestätigenden Bundesnetzagentur. Gem. § 15a Abs. 3 S. 7 EnWG ist der Netzentwicklungsplan nur für die Fernleitungsnetzbetreiber verbindlich und beinhaltet Rechtswirkungen dahingehend, dass die Fernleitungsnetzbetreiber die im Netzentwicklungsplan enthaltenen Investitionsmaßnahmen durchführen müssen. Weitergehende Ansprüche zugunsten einzelner Netznutzer resultieren aus dem Netzentwicklungsplan nicht.

Die von der Beiladungspetentin ins Feld geführten Aspekte sind allenfalls im Zusammenhang mit den allgemeine Anschluss- und Zugangsregelungen nach § 20b EnWG zu sehen. Der Anspruch auf Netzzugang nach § 20b EnWG greift im Verhältnis zwischen den Fernleitungs- und Verteilernetzbetreibern. Diese allgemeine Verpflichtung der Fernleitungsnetzbetreiber besteht grundsätzlich. Sie wird durch weitere Regelungen vor allem jene in Teil 3 der Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV) sowie der Kooperationsvereinbarung<sup>2</sup> konkretisiert. Der Netzentwicklungsplan Gas hingegen begründet jene Verpflichtung nicht, sondern verpflichtet die Fernleitungsnetzbetreiber zum Netzausbau. Er hat somit keine unmittelbar rechtsgestaltende Wirkung, welche besondere Rechte der Beiladungspetentin betreffen könnte. Dies spricht insgesamt gegen eine Einordnung der Petentin als *notwendig* Beizuladende.

Die Bundesnetzagentur hat von einer einfachen Beiladung nach § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG aus nachfolgenden Ermessenserwägungen keinen Gebrauch gemacht.

Gem. § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG können Dritte am Verfahren vor der Regulierungsbehörde beteiligt werden, wenn ihre Interessen durch die gegenständliche Entscheidung erheblich berührt werden. Unter Interessen sind dabei nicht nur rechtliche Interessen zu verstehen, sondern auch

---

<sup>2</sup> Kooperationsvereinbarung zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen.

wirtschaftliche Interessen der Beiladungspetentin. Im Falle der Erheblichkeit können auch mittelbare Auswirkungen genügen. Zur Beurteilung der erheblichen wirtschaftlichen Interessen ist auf die spezifischen Zielsetzungen des Energiewirtschaftsgesetzes abzustellen, die insbesondere in § 1 EnWG geregelt sind. Dementsprechend kann beigelegt werden, wer geltend macht, durch eine potentielle Regulierungsentscheidung in seinen durch das Energiewirtschaftsgesetz geförderten Interessen erheblich berührt zu sein (OLG Düsseldorf, Beschluss vom 23.9.2009, VI-3 Kart 25/08 (V), Bl. 10 des amtl. Umdrucks; Beschluss vom 07.04.2006, VI-3 Kart 161/06 (V), Bl. 3 des amtl. Umdrucks).

Für eine erhebliche Interessenberührung (i.S.d. § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG) dürfen die Interessen der Beiladungspetentin nicht nur entfernt oder geringfügig betroffen sein. Dabei ist ausschlaggebend, ob die Interessen der Beiladungspetentin eine hinreichende „Nähe zum Entscheidungsgegenstand aufweisen und ob außerdem die mögliche Entscheidung [...] derart gewichtige Auswirkungen auf diese Interessen haben, dass es angemessen erscheint, [ihr] die Rechte auf Beteiligung [...] einzuräumen (OLG Düsseldorf, VI-Kart 27/02 (V), 02.09.2002 zu § 54 Abs. 2 Nr. 3 GWB).

Die Bundesnetzagentur hegt Zweifel, ob die von der Petentin vorgebrachten Argumente zu einer erheblichen Interessenberührung führen können. Denn im Kern ihrer Argumentation beruft sie sich auf den von den Fernleitungsnetzbetreibern nicht hinreichend zugesagten Kapazitätsbedarf im Rahmen der sogenannten Internen Bestelleleistungen. Diese werden in Ausgestaltung des allgemeinen Netzzugangsanspruchs (vgl. § 20b EnWG) über die Regelungen nach § 8 Abs. 3 GasNZV in der Weise abgewickelt, dass die nachgelagerten Netzbetreiber bei den ihrem Netz unmittelbar vorgelagerten Fernleitungsnetzbetreibern feste Ausspeisekapazitäten an den Netzkopplungspunkten bestellen. Die näheren Modalitäten zur jährlichen Bestellung und zu den Möglichkeiten der Zusage von festen Ausspeisekapazitäten sind in den Regularien der Kooperationsvereinbarung bestimmt.

Mit der Entscheidung zur Änderung des Netzentwicklungsplans Gas 2016-2026 sollen indessen im Kern für die Planung des Gasnetzes relevante Prämissen – wie unter anderem der Kapazitätsbedarf der Verteilernetzbetreiber beurteilt werden und geprüft werden, ob die von den Fernleitungsnetzbetreibern vorgeschlagenen Netzausbaumaßnahmen einen angemessenen Bedarf abdecken. Der Netzentwicklungsplan Gas baut auf einem Szenariorahmen auf. Die Erstellung des Szenariorahmens ist zeitlich vorgeschaltet. Hier haben Prognosen über sämtliche Kapazitätsbedarfe der Anschlusskunden (wie Verteilernetzbetreiber, Speicher- und Gaskraftwerksbetreiber, Industrie etc.) einzufließen. Bei den Verteilernetzbetreibern geschieht dies über den Pfad der sogenannten Langfristprognose nach der Kooperationsvereinbarung für den Zeitraum bis zum Jahr 2021 und danach bis zum Jahr 2026 über die konstante Fortführung der Prognose. Der Beiladungspetentin geht es aber nicht darum, dass ihr prognostizierter Bedarf an Internen Bestelleleistungen nicht hinreichend eingegangen ist, sondern es geht ihr im Kern um die Befriedigung des an die terranets BW adressierten Kapazitätsbedarfs. Der Netzentwicklungsplan Gas

ist aber, wie dargelegt, im Wesentlichen ein Instrument zum Netzausbau, mit verpflichtender Wirkung für die Fernleitungsnetzbetreiber.

Soweit zwischen der Beiladungspetentin und den Fernleitungsnetzbetreibern bestimmte Gesichtspunkte aus der Begehr auf feste interne Bestellleistungen nach §§ 11 ff. der Kooperationsvereinbarung streitig sind, sind diese nicht im Verfahren des Netzentwicklungsplans zu klären. Im Prozess der Erstellung des Netzentwicklungsplans ist es nicht möglich, Detailstreitigkeiten über individuelle Begehren zu führen. Diese betreffen das Verhältnis der Beiladungspetentin gegenüber dem Fernleitungsnetzbetreiber, bei dem die Anfragen geltend gemacht wurden bzw. ggf. auch diesen strömungsmechanisch vorgelagerten Fernleitungsnetzbetreibern. Hierfür stehen zur Rechtswahrung zugunsten der Beiladungspetentin entsprechende Einzelverfahren gem. §§ 30ff. EnWG i.V.m. § 8 Abs. 3 GasNZV zur Verfügung.

Es kann allerdings nicht von vornherein ausgeschlossen werden, dass die bei der Aufstellung des Netzentwicklungsplans durch die Fernleitungsnetzbetreiber verwandten Prämissen die Interessen einzelner Netznutzer und Transportkunden zumindest mittelbar betreffen; ob hierin denn insgesamt auch eine erhebliche Interessenberührung i.S.d. § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG vorliegt, kann im Ergebnis dahinstehen. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen der Beiladung erfüllt sind, steht die Entscheidung über den Beiladungsantrag im Ermessen der Bundesnetzagentur (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 02.10.2009 – VI-3 Kart 21/08, Rn. 61; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 06.07.2006 – VI-3 Kart 144 – 149/06, Rn. 26).

Im Rahmen der Ermessenserwägungen ist von der Bundesnetzagentur zu berücksichtigen, ob die Beiladung für das Verfahren förderlich ist und / oder ob verfahrensökonomische Überlegungen, die dem öffentlichen Interesse an einer Konzentration und Beschleunigung des Verfahrens dienen, gegen eine Beiladung sprechen (vgl. OLG Düsseldorf, Beschl. v. 02.10.2009 – VI-3 Kart 21/08, Rn. 61; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 06.07.2006 – VI-3 Kart 144 – 149/06, Rn. 26).

Nach Abwägung der für und gegen die Beteiligung sprechenden Gründe wird die Beiladungspetentin nicht zum Verfahren hinzugezogen. Im Rahmen der hierfür maßgeblichen Abwägung hat eine Rolle gespielt, dass die Sachverhaltsaufklärung durch ein umfassendes Konsultationsverfahren hinreichend gewahrt ist (vgl. Entscheidung der Bundesnetzagentur, Az. 8615-NEP Gas 2013 – Änderungsverlangen – Beiladung E.ON Kraftwerke GmbH vom. 24.09.2013, S. 7)<sup>3</sup>.

Das Verfahren zur Änderung des Netzentwicklungsplans gibt durch ein breit angelegtes Konsultationsverfahren allen tatsächlichen und potenziellen Netznutzern auf mehreren Ebenen hinrei-

<sup>3</sup> Abrufbar unter

[http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen\\_Institutionen/NetzentwicklungUndSmartGrid/Gas/NEP\\_2013/BeiladE\\_EON\\_Kraftw.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/NetzentwicklungUndSmartGrid/Gas/NEP_2013/BeiladE_EON_Kraftw.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

chend Gelegenheit zur Stellungnahme. So können die Konsultanten bei den Fernleitungsnetzbetreibern sowohl bereits bei der Erstellung des Szenariorahmens gem. § 15a Abs. 1 S. 6 EnWG als auch bei der Veröffentlichung des ersten Entwurfs des Netzentwicklungsplans Stellung beziehen. Im Weiteren führt die Bundesnetzagentur ein breit angelegtes Konsultationsverfahren gem. § 15a Abs. 3 S. 1 EnWG durch:

Die Höhe der von der Beiladungspetentin begehrten internen Bestelleistungen geht als Eingangsparameter in den Szenariorahmen für den Netzentwicklungsplan Gas ein. Soweit diese zu monieren war, bestand für sie bei der bereits angesprochenen Konsultation der Fernleitungsnetzbetreiber vor der erstmaligen Vorlage des Netzentwicklungsplans im Zeitraum vom 15.02.2016 bis zum 04.03.2016 eine erste Möglichkeit für die Branche, die „problematischen“ Gesichtspunkte unmittelbar bei den Fernleitungsnetzbetreibern zu adressieren.

Im Weiteren hat die Bundesnetzagentur nach Vorlage des Netzentwicklungsplans bei der Bundesnetzagentur im Zeitraum vom 18.04.2016 bis 27.05.2016 den Entwurf des Netzentwicklungsplans öffentlich konsultiert und hierzu einen strukturierten Fragebogen veröffentlicht. Für die Gruppe der Verteilernetzbetreiber wurde ein Forum auf dem öffentlichen Workshop am 11.05.2016 eingeräumt, auf dem die spezifischen Fragen der Kapazitätssituation, gerade auch in Süddeutschland, diskutiert werden sollten.<sup>4</sup> Die Beiladungspetentin hat von ihrer Möglichkeit zur Stellungnahme am 24.05.2016 sehr detailliert Gebrauch gemacht und hat auch an dem öffentlichen Workshop bei der Bundesnetzagentur teilgenommen.

Die Konsultation ist also zum einen ein geeignetes Forum für die Netznutzer, insofern „kritische“ Aspekte der Netzentwicklungsplanung zu adressieren. Zum anderen zeitigt sie auch rechtliche Folgen. Denn im Ergebnis basiert die Änderungsentscheidung der Bundesnetzagentur gem. § 15a Abs. 3 S. 5 EnWG unter anderem auf den Stellungnahmen der Netznutzer aus der Konsultation. Aus Sicht der Bundesnetzagentur besteht mit der Möglichkeit der Teilnahme und der aktiven Beteiligung im Konsultationsverfahren eine hinreichende Gelegenheit für die Beiladungspetentin, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen und ihre Belange gewahrt zu wissen.

Im Antrag vom 11.04.2016 sowie in der ergänzenden Stellungnahme vom 17.05.2016 macht die Beiladungspetentin in der Sache aber keine weiter gehenden die Netzentwicklungsplan Gas betreffenden Gesichtspunkte geltend, die sie nicht schon im Rahmen der öffentlichen Konsultation durch ihre schriftliche Stellungnahme vom 24.05.2016 vorgetragen hat. Es ist also vor diesem Hintergrund nicht ersichtlich, welche verfahrensfördernde Wirkung eine Beiladung noch haben könnte, wenn die Beiladungspetentin ihre Ansichten erneut darlegt. Angesichts des sich wiederholenden Vortrags, in dem de facto keine neuen Gesichtspunkte oder weitere Sachaufklärungen vorgebracht wurden, erschien die Beiladung nicht zweckmäßig.

<sup>4</sup> Weitere Informationen hierüber sind abrufbar unter

[http://www.bundesnetzagentur.de/cln\\_1931/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen\\_Institutionen/NetzentwicklungundSmartGrid/Gas/Vortraege\\_und\\_Veranstaltungen/Vortraege\\_Veranstaltungen.node.html](http://www.bundesnetzagentur.de/cln_1931/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/NetzentwicklungundSmartGrid/Gas/Vortraege_und_Veranstaltungen/Vortraege_Veranstaltungen.node.html)



Im Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die einfache Beiladung in erster Linie der Förderung des Verfahrens dient und nicht den individuellen Interessen der Beizuladenden (BGH, Urteil v. 07.11.2006, Az. KVR 37/05, Rn. 12 – juris). Die Bundesnetzagentur kann im Rahmen der Abwägung verfahrensökonomische Erwägungen berücksichtigen, die dem Interesse der Konzentration und Beschleunigung des Verfahrens dienen und diesen gegenüber dem Beiladungsinteresse den Vorzug geben. (BGH, Beschluss vom 05.10.2010, EnVR 52/09, Bl. 8 des amtl. Umdrucks; BGH, Beschluss vom 07.11.2006 – KVR 37/05, OLG Düsseldorf, Beschluss vom 23.09.2009, VI-3 Kart 25/08 (V), Bl. 10 des amtl. Umdrucks).

Hiervon hat sie auch Gebrauch gemacht: Zu Lasten des Beiladungsinteresses war zu berücksichtigen, dass die Fortschreibung des Netzentwicklungsplans einen rollierenden und im zwei Jahresrhythmus wiederkehrenden Prozess darstellt. Insoweit sieht es die Bundesnetzagentur als angemessen an, anstatt die Beiladungspetentin beizuladen, auf die Teilnahme an der Konsultation zu verweisen. Anderenfalls erscheint es aus Sicht der Bundesnetzagentur auf Grund weiterer denkbarer Konstellationen und angesichts der Vielzahl möglicher Verteilernetzbetreiber oder anderer Netznutzergruppen auch möglich, dass eine größere Anzahl von Beiladungsgesuchen folgt.

Bereits auf Seiten der aktiv Beteiligten existiert eine große Zahl der Verfahrensbeteiligten, denn derzeit erstellen 16 Fernleitungsnetzbetreiber einen deutschlandweiten und koordinierten Netzentwicklungsplan für die Gasinfrastruktur. Im gegenwärtigen Zeitpunkt gab es zwar erst insgesamt zwei Beiladungsanfragen sowohl der Petentin als auch aus der Gruppe der Kraftwerksbetreiber. Eine weite Beiladungspraxis würde aber unter Umständen Nachahmungseffekte in der Branche zeitigen, die in den kommenden Verfahren der Änderung des Netzentwicklungsplans zu einer Vielzahl von Beiladungsanträgen führen könnten. In den Stammdaten der Bundesnetzagentur sind derzeit alleine 715 Gasverteilernetzbetreiber erfasst. Insoweit gilt es eine Überfrachtung des Prozesses und Lähmung der Abläufe weitestgehend zu vermeiden.

Vom Gesetzgeber ist auch ein enger zeitlicher Rahmen vorgegeben. Die Fernleitungsnetzbetreiber müssen gem. § 15a EnWG in jedem geraden Jahr einen Netzentwicklungsplan erarbeiten. Bis es zur Verbindlichkeit des gegenwärtigen Netzentwicklungsplans kommt, muss zunächst ein Konsultationsverfahren mit hinreichend Gelegenheit zur Stellungnahme der Netznutzer durchgeführt werden. Nach Veröffentlichung der Ergebnisse der Konsultation kann die Bundesnetzagentur Änderungen verlangen oder der Netzentwicklungsplan gelangt in Folge der Genehmigungsfiktion in § 15a Abs. 3 S. 7 EnWG zur Verbindlichkeit. Im Ausgangspunkt ist es ein Ziel der Bundesnetzagentur, dass das Verfahren des jeweils aktuell vorgelegten Netzentwicklungsplans im jeweiligen Jahr abgeschlossen sein wird, damit der Netzentwicklungsplan zeitnah Verbindlichkeit erlangt. Eine größere Anzahl Beteiligter könnte dieses Ziel potentiell konterkarieren. Durch die mit der Beiladung geschaffenen Möglichkeiten, wie z.B. weitere Anhörungen oder

Recht auf Akteneinsicht kann es zu verfahrensmäßigen Verzögerungen kommen. Insoweit erscheint aus Sicht der Bundesnetzagentur auch aus verfahrensökonomischer Sicht eine Beiladung nicht zweckmäßig.

Abschließend ist zu berücksichtigen, dass die Ablehnung des Beiladungsantrags nicht zwangsläufig zu einer Beschränkung der Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Änderungsentscheidung zum Netzentwicklungsplan 2016-2026 führt. Unter bestimmten Voraussetzungen kann ein Beiladungspetent, dessen Beiladung aus Gründen der Verfahrensökonomie abgelehnt worden ist, ein Beschwerderecht haben (BGH, Urteil vom 07.11.2006, Az. KVR 37/05, Rn. 21 - juris). Diese zu § 63 Abs. 2 GWB entwickelten Grundsätze sind auch auf § 75 Abs. 2 EnWG zu übertragen, so dass die Beschwerdemöglichkeit nicht nur „den am Verfahren vor der Regulierungsbehörde Beteiligten“ zusteht (Entscheidung der BK7 v. 27.05.2008, Az. BK7-08-002-B1, S. 6).

### **III. Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Entscheidung kann binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist beim Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht. Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs.1 EnWG).

Im Auftrag



Achim Zerres

Abteilungsleiter Energieregulierung